



ARND BRONKHORST/ANSA

Präsident Erdoğan weiß, dass die EU die Türkei braucht – Drohungen sind ihm gleichgültig

# Europa – Türkei: Ziemlich beste Nicht-Freunde

### Streit. Konflikte der EU mit Ankara häufen sich – auch das Verhältnis zwischen Österreich und der Türkei ist „dauerhaft beschädigt“. Ein Grund: die langen, auf Eis liegenden Beitrittsverhandlungen

Noch ankert die „Oruc Reis“ vor Antalya. Doch allein die Ankündigung, dass das türkische Forschungs- und Explorationschiff dieser Tage Kurs Richtung Ostägäis nehmen werde, sorgt in Griechenland für Empörung. Die griechische Marine schickte Schiffe Richtung Kreta und Rhodos, die Türkei orderte ebenfalls Schiffe ins östliche Mittelmeer. Die Spannungen zwischen den Nachbarn steuern auf einen Höhepunkt zu, die Gefahr einer Eskalation wächst – involviert ist die ganze Europäische Union.

Grund für die jüngste Krise: Die Türkei will in einem Seegebiet Gasprobierbohrungen vornehmen, das Griechenland als sein Hoheitsgebiet beansprucht. Die EU steht zu ihrem Mitglied Griechenland und warnt die Führung in Ankara: Die Bohrungen seien illegal.

#### Bohrungen vor Zypern

Dasselbe Bild bietet sich bei Zypern, Israel und Ägypten. An den riesigen Gasfeldern vor der Küste der Insel will die Türkei teilhaben. Aber weil Griechenland, Zypern, Israel und Ägypten Kartons bildeten, die Lizenzen untereinander aufteilen und die Türkei dabei draußen ließen, traf Ankara kurzerhand die Entscheidung: Gebohrt wird trotzdem. „Wir sind vor Ort, um unsere Rechte zu schützen“, beharrt Präsident Erdogans Berater Ibrahim Kalim auf weiteren Bohrungen.

Mantraartig hört man in Brüssel: Wenn die illegalen Erdgas-Erkundungen der Türkei nicht aufhören, drohen Sanktionen. Doch trotz der verschärften Tonart in Richtung Ankara blieben die Maßnahmen bisher zahllos: Gegen gerade einmal zwei

Personen in der Türkei hat die EU Sanktionen erhoben. Entsprechend unbeeindruckt lässt Präsident Erdoğan die Bohrungen vorantreiben – und setzt auf die Serie von Provokationen gegen die EU immer noch neue drauf. Ob die Hagia Sophia von einem Museum zu einer Moschee umgewandelt wird; ob er mit militärischen Mitteln in Libyen eine ihm gefügige Führung erkämpft; ob er in Syrien einmarschieren lässt und dort Hunderttausende in die Flucht zwingt – Erdoğan weiß: Von Brüssel hat er keine ernsthaften Strafmaßnahmen zu befürchten. Sein breiter Verteidigungsschild gegen mögliche

EU-Sanktionen ist der Flüchtlingsdeal: Droht Brüssel mit Strafen, kann Erdoğan jederzeit zurückdrohen: Er könne ja die Grenzen aufmachen und Millionen Flüchtlinge nach Europa schicken, deutet der Präsident immer wieder an. Und auch wenn europäische Politiker schimpfen, man dürfe sich von der Türkei „nicht erpressen“ lassen, so wissen doch alle: Der Flüchtlingsdeal muss unbedingt erhalten bleiben – und damit hat Erdoğan seinen Hebel.

Dazu kommt: Gegenüber der Türkei ziehen nicht alle EU-Staaten an einem Strang. Eine gemeinsame Türkei-Strategie der EU gibt es nicht.

Worauf sich bisher alle einig konnten, ist, die „Dialogkanäle offen zu halten“. Das bedeutet, dass auch die eingefrorenen EU-Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei nicht endgültig gestoppt werden, wie Österreich das seit Jahren fordert.

terreichs Botschafter in Ankara. Plassnik wurde auf Titelseiten als „1,90 Meter großer blonder Trotz“ abgebildet (Jahre später verhinderte die Türkei durch Veto ihre Wahl zur OSZE-Vorsitzenden). 2014 warf Außenminister Sebastian Kurz der Türkei erstmals vor, in Österreich für „Unruhe“ zu sorgen (Anlass: Wahlkampfauftritt Präsident Erdogans in Wien – in Österreich leben 300.000 Menschen türkischer Abstammung). 2015 verurteilten alle Parlamentsparteien den Genozid an den Armeniern 1915 – ab da waren die Beziehungen „dauerhaft beschädigt“, wie Ankara über seinen Botschafter wissen ließ.

„Freundlichkeiten“ Nach türkischen Pro-Erdogan-Demos in Wien empfahl Kurz den Demonstranten, Österreich zu verlassen, später schlugen der damalige Kanzler Christian Kern und Kurz ein Ende der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor. Die wechselseitigen „Freundlichkeiten“ (Rauswurf österreichischer Forscher aus Ephesos etc.) rissen seither nicht ab.

Das Österreich seit 15 Jahren skeptisch gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei ist, hat für Caligaris auch „starke innenpolitische Komponenten – wie in allen Ländern die Außen- von der Innenpolitik bestimmt ist“. Dass das angespannte Verhältnis auf die Türkenbelagerung oder den Rauswurf der Osmanen zurückgehe, „und die Türken deshalb böse“ seien, ist für Caligaris jedenfalls ein „totales Hirngespinnst“.

Schließlich hält es die türkische Botschaft in Wien just in der Prinz Eugen-Straße ja auch gut aus.

ES BERICHTEN  
ARMIN ARBEITER,  
WALTER FRIEDL,  
MICHAEL HAMMERL,  
BERNHARD ICHNER,  
ANDREAS SCHWARZ,  
INGRID STEINER-GASHI  
GRAFIK  
PILAR ORTEGA

Worauf sich bisher alle einig konnten, ist, die „Dialogkanäle offen zu halten“. Das bedeutet, dass auch die eingefrorenen EU-Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei nicht endgültig gestoppt werden, wie Österreich das seit Jahren fordert.

terreichs Botschafter in Ankara. Plassnik wurde auf Titelseiten als „1,90 Meter großer blonder Trotz“ abgebildet (Jahre später verhinderte die Türkei durch Veto ihre Wahl zur OSZE-Vorsitzenden). 2014 warf Außenminister Sebastian Kurz der Türkei erstmals vor, in Österreich für „Unruhe“ zu sorgen (Anlass: Wahlkampfauftritt Präsident Erdogans in Wien – in Österreich leben 300.000 Menschen türkischer Abstammung). 2015 verurteilten alle Parlamentsparteien den Genozid an den Armeniern 1915 – ab da waren die Beziehungen „dauerhaft beschädigt“, wie Ankara über seinen Botschafter wissen ließ.

„Freundlichkeiten“ Nach türkischen Pro-Erdogan-Demos in Wien empfahl Kurz den Demonstranten, Österreich zu verlassen, später schlugen der damalige Kanzler Christian Kern und Kurz ein Ende der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor. Die wechselseitigen „Freundlichkeiten“ (Rauswurf österreichischer Forscher aus Ephesos etc.) rissen seither nicht ab.

Das Österreich seit 15 Jahren skeptisch gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei ist, hat für Caligaris auch „starke innenpolitische Komponenten – wie in allen Ländern die Außen- von der Innenpolitik bestimmt ist“. Dass das angespannte Verhältnis auf die Türkenbelagerung oder den Rauswurf der Osmanen zurückgehe, „und die Türken deshalb böse“ seien, ist für Caligaris jedenfalls ein „totales Hirngespinnst“.

Schließlich hält es die türkische Botschaft in Wien just in der Prinz Eugen-Straße ja auch gut aus.

## Einfluss und Rohstoffe: Erdogans Ambitionen

- 1. BOONIEN**  
„Zwischenzeitlich auch, die Türken bis Wien zu führen für unsere Leute“, sagte Erdoğan 2011. Zu diesem Zeitpunkt war seine Balkan-Politik bereits in vollem Gange. Vor allem in östlich dominanteren Staaten wie Bosnien spielt sich Erdoğan als Schlichter der Konflikte auf, darunter in Serbien, dem Kosovo und in Albanien. Er hat sich in der Region als „Vater der Nation“ etabliert.
- 2. GRIECHISCH-TÜRKISCHE GRENZE**  
Wie wichtig der Flüchtlingsdeal zwischen EU und Türkei ist, zeigte sich im März an der griechisch-türkischen Landgrenze. Erdoğan ließ Tausende Flüchtlinge zur Grenze nach Europa bringen und machte sie glauben, der Weg in die EU sei frei. Griechenland hielt die Grenzen mit Unterstützung der EU geschlossen, türkische Beamte holten Schmitteln zwischen Flüchtlingen und der griechischen Polizei an.
- 3. LIBYEN**  
Die Türkei hat in Libyen großes Interesse an den Gas- und Öl-vorkommen. Die sogenannte Einheitsregierung benötigt Unterstützung im Kampf gegen General Khalifa Haftar, Erdoğan schickte Soldaten nach Libyen und versuchte das Blatt. Erdoğan kontrolliert zwei wichtige Flüchtlingsstraßen nach Europa und Pipelines nach Skizien. Die türkische Erdgasindustrie hat ihren Einfluss in Libyen ausgebaut.
- 4. ZYPERN**  
Ein großer Konfliktpunkt zwischen EU und Türkei sind die vulkanischen Gesteine am Zypern. Ankara erkennt nicht an, was Zypern für sich beansprucht. Die Zone, in der der EU-Gas hat, ist für die Türkei ein Anreiz auf wirtschaftliche Nutzung hat. Seit Monaten suchen dort türkische Boreschiffe nach Erdgas. Immer wieder kommen türkische und griechische Kriegsschiffe einander gefährlich nahe.



### Zahlen und Fakten zu Türkei - EU

**Land und Leute**  
Die Türkei ist mit rund 780.000 km<sup>2</sup> mehr als doppelt so groß wie Deutschland. Die Einwohnerzahl liegt bei knapp 85 Mio. 24 Prozent sind unter 15 Jahre. In der EU liegt dieser Wert bei 15 Prozent

### 640 Mrd.

**Wirtschaft**  
Die Türkei erwirtschaftete im Vorjahr ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Höhe von 640,9 Milliarden Euro. Damit liegt es um gut 50 Prozent über dem österreichischen. Beim BIP pro Kopf hat aber Österreich weit die Nase vorne: Knapp 45.000 Euro zu knapp 9.000 Euro

**Von EU abhängig**  
Für die Türkei ist die EU ein unverzichtbarer Handelspartner: Von den Gesamtausfuhr 2019 (155 Mrd. Euro) ging fast die Hälfte (76 Mrd. Euro) in Unionsländer. Und von den Gesamtimporten (180 Mrd. Euro) stammt ein Drittel (62 Mrd. Euro) aus der EU. Das Handelsvolumen der EU mit der Türkei liegt dagegen bloß bei rund fünf Prozent

### 1:8

**Währungsverfall**  
Wegen politischer und ökonomischer Turbulenzen ist die Lira im freien Fall. Für einen Euro bekommt man rund acht Lira. Vor einigen Jahren lag das Verhältnis bei 1:2

## Erdogan sieht sich als „historischen Führer“ mit Mission

### Wie der Präsident der Türkei tickt, und warum er intern wie extern für eine derart starke Polarisierung sorgt

**Fast 20 Jahre an der Macht.** Vom kleinen Sesamkringel-Verkäufer aus ärmlichen Istanbul-Verhältnissen zum nahezu uneingeschränkten Herrscher eines 85-Millionen-Volkes – der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan legte eine beeindruckende Karriere hin. Seit knapp 20 Jahren ist er der starke Mann am Bosphorus und spielt somit in einer Liga mit dem Überwarter des Landes, Staatsgründer Kemal Atatürk.

Wie dieser „sieht er sich bereits als historische Führungspersonlichkeit, die er nach all den Jahren tatsächlich auch ist“, analysiert Cen-

giz Günay vom Österreichischen Institut für Internationale Politik. Der mittlerweile 66-Jährige habe „eine Mission, die da lautet, die Türkei prägend zu verändern“. In Bereichen sei ihm das auch gelungen: Der Wohlstand sei in den vergangenen beiden Jahrzehnten gestiegen, das Land nun Teil im erlauchten Zirkel der 20 wichtigsten Industrienationen (G 20), und der Einfluss des Militärs zurückgedrängt worden.

„Absoluter Autokrat“ Das kann einem schon zu Kopf steigen. „Denn Erdoğan agiert seit geraumer Zeit als absoluter Autokrat. Speziell

nach dem Putschversuch 2016 sieht er sich als – alleiniger – Retter der Nation“, sagt Günay zum KURIER. Politische Gegner wurden und werden mundtot gemacht, oppositionsfreundliche Medien geschlossen. Und wenn es dann dennoch umfragentechnisch nicht rund läuft – wie soeben wegen der auch, aber nicht nur coronabedingten Talfahrt der Wirtschaft – spielt der Präsident die nationalistische Karte. Meist und mit Vorliebe mittels Auslands-Bashing. „Er ist ein gnadenloser Populist, für seinen Machterhalt und missionarischen Impetus heiligt der

Zweck fast alle Mittel“, betont Günay. Dabei zeige sich Erdoğan äußerst flexibel: Mild und konzipiant, wenn es ihm opportun erscheint – wie zu Beginn des EU-Beitrittsprozesses; polternd und schroff, wenn er die eigene Klientel bei der Stange halten will – wie bei der soeben erfolgten Rückumwandlung der Istanbul Hagia Sophia in eine Moschee.

„Eigene Militärpolitik“ Dass der strengläufige Staatschef auch auf regionaler, ja globaler Ebene eine dominante Rolle spielen will, daran ließ er ebenfalls Zweck fast alle Mittel“, betont Günay. Dabei zeige sich Erdoğan äußerst flexibel: Mild und konzipiant, wenn es ihm opportun erscheint – wie zu Beginn des EU-Beitrittsprozesses; polternd und schroff, wenn er die eigene Klientel bei der Stange halten will – wie bei der soeben erfolgten Rückumwandlung der Istanbul Hagia Sophia in eine Moschee.

„Eigene Militärpolitik“ Dass der strengläufige Staatschef auch auf regionaler, ja globaler Ebene eine dominante Rolle spielen will, daran ließ er ebenfalls

nie Zweifel aufkommen. Wobei das, erläutert Politologe Günay, nicht nur seiner Eitelkeit geschuldet sei, sondern auch den Umbrüchen in der bisherigen Weltordnung: „Der Multilateralismus ist mehr oder weniger zu Ende. Alte Allianzen bröckeln, das gilt auch für die NATO. Und so richtet sich auch die Türkei neu aus.“ Der erste Anlauf im Zuge des Arabischen Frühlings sei zwar spektakulär gescheitert – die Muslimbruderschaften, auf die Ankara etwa in Ägypten oder Syrien gesetzt hatte, sind zumindest dort als politische Kräfte inexistent. Jetzt, so Günay, verfolge die türki-

sche Regierung eine offensive Strategie und praktiziere unter impliziter Bezugnahme auf eine „große Nation mit großer Geschichte eine eigenständige Militärpolitik“. Interventionen in Syrien, Libyen oder dem Irak zeugen davon.

**Flugzeugträger** Und zu diesem Zweck werde der industriell-militärische Komplex gerade massiv auf- und ausgebaut. „In bestimmten Kreisen“, schildert Günay, „wird sogar der Traum eines türkischen Flugzeugträgers ventiliert.“ Hochfliegende Pläne, wohl ganz nach dem Geschmack des Führers mit Mission.

„Das hat die Türkei gar nicht gefreut“, erinnert sich Marius Caligaris, damals Ös-

## „Alte Heimat wird idealisiert“

### Auströtrürken: Etwa die Hälfte sympathisiert mit Erdogans AKP

**Diaspora.** Eines vorweg: Die Türken gibt es nicht. Die je nach Schätzung 250.000 bis 350.000 in Österreich lebenden Personen mit türkischem Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe. Weltanschauung und politische Einstellung variieren. Je nach Herkunft aus ländlichen oder urbanen Gebieten unterscheiden sich die Milieus. Wobei ein Gutteil der Gastarbeiter, die in Österreich Fuß fassten, aus Zentralanatolien gekommen war. Der religiös-konservative Bevölkerungsanteil ist dort groß.

Politisch kann man die Auströtrürken dennoch nicht über einen Kamm scheren. „Kurden, Aleviten, Kemalisten oder Linksliberale wür-

den eher nicht Erdogans AKP wählen“, sagt Soziologe Kenan Güngör. Etwa 50 Prozent der Auströtrürken seien jedoch AKP-nahe. Wobei es auch Kurden gebe, die mit der Partei des türkischen Präsidenten sympathisieren. Deren Anzahl habe aber abgenommen, seit die AKP in der türkischen Regierung mit der ultranationalistischen MHP koalitiert – und damit indirekt mit den Grauen Wölfen.

Nur scheinbar paradox ist das Wahlverhalten der rassistischstämmigen Bevölkerung in Österreich. Viele wählen in der Diaspora nicht entsprechend ihrer Weltanschauung, sondern rein pragmatisch. So kommt es, dass Konservative oder sogar Nationalisten eher

zu Rot oder Grün tendieren: Von Links-Parteien wird erwartet, dass sie Migranten positiv gegenüber stehen und Minderheiten unterstützen. Da dies auch Minderheiten in der Türkei wie etwa Kurden mit einschließt, hängen AKP-Fans zuweilen allerdings in der Luft. Die neue Wiener Migrantpartei SÖZ könnte davon profitieren.

#### Wir-Gefühl

Aber zurück zu Erdoğan. Fans assoziieren mit dem Präsidenten den wirtschaftlichen Aufschwung in der Türkei. „Das erhöht ihren Selbstwert“, erklärt Güngör – und vergleicht die Situation mit dem Erfolg einer Fußballnationalmannschaft: Wenn „wir“ trium-

phieren, dann sei das eine „vorgestellte Gemeinschaft“. Dazu komme die emotionale Bindung an ein Land, in dem viele noch Familie haben – und das sie nur aus dem Urlaub kennen. „Die alte Heimat wird idealisiert“, sagt Güngör. Wobei Auströtrürken mit der Lebensqualität in Österreich umfragen zufolge sehr zufrieden sind.

Durch Erdoğan empfinden viele Türkischstämmige, die sich in der Diaspora bestenfalls geduldet fühlen, eine Aufwertung. „Er vermittelt ihnen das Gefühl der Anerkennung und der Zugehörigkeit“, erklärt Güngör. Zudem nähere er das Bewusstsein, dass die Türkei kein Entwicklungsland, sondern ein



Kenan Güngör: „Erdoğan vermittelt Zugehörigkeitsgefühl“

ernst zu nehmender Player in Europa sei. So entstehe zum Teil ein wahrer Führerkult. Dass freilich nicht alle Auströtrürken Erdogans-Fans sind, belegte die Abstimmung über das Präsidentsystem in der Türkei 2017. Damals nahmen in Österreich nur etwa

50 Prozent der mehr als 108.000 Wahlberechtigten am Urnengang teil (wovon rund 73 Prozent pro Erdoğan entschieden). Dem Rest war entweder der Wahlaufwand zu groß. Oder das Interesse an der türkischen Politik reichte nicht aus.